

Sitzungsniederschrift

9. Sitzung des Ausschusses für Migration und Integration

Sitzungsort: Landkreis Aurich, Fischteichweg 7-13, Raum 1.106, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 13.06.2016	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 17:15 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Mitglieder		
Altmann, Gila	GRÜNE	
Carow, Johanne	FW	
Forster, Hans	SPD	
Kleen, Barbara	SPD	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Sell, Erwin	SPD	
Griesel, Sigrid	GFA	Vertreterin für Herrn Wolfgang Sievers
Weilage, Udo	CDU	Vertreter für Herrn Roelf Odens
Wolters, Hayo	CDU	
Beratende Mitglieder		
Brönstrup, Elke		
Eggert, Burghard		
Tobiassen, Bernd		
Verwaltung		
Christoffers, Dieter		
Martens, Frank		
Puchert, Dr. Frank		Erster Kreisrat
Steinert, Berthold		

Buss, Thomas

Krantz-Rewerts, Silke

de Vries, Enno

Nicht anwesend:

Mitglieder

Sievers, Wolfgang FDP

Odens, Roelf CDU

Beratende Mitglieder

Holling, Claudia

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

-
1. Eröffnung der Sitzung

 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

 3. Feststellung der Tagesordnung

 4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26.04.2016

 5. Einwohnerfragestunde

 6. Aktueller Stand der Unterbringung von Flüchtlingen

 7. Bericht der Kreisvolkshochschulen

 8. Bericht des Deutschen Roten Kreuzes

 9. Beschlussfassung über die Einrichtung eines multikulturellen Informations-, Beratungs- und Begegnungscafes im Hermine Edenhuizen in Pewsum
Vorlage: VIII/2016/127

 10. Vorstellung Bundesprogramm "Demokratie leben" (Herr Dr. Gohlke)

 11. Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte (Bildungskordinator)

 12. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

 13. Einwohnerfragestunde

 14. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Kleinert eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.



TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden durch **die Vorsitzende** festgestellt.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgestellt.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26.04.2016**

Abgeordneter Weilage betritt die Sitzung um 15:04 Uhr.

Herr Fahle bittet darum, die Bezeichnung „Internate“, wie auf Seite 4, 10. Absatz, des Protokolls vorgenommen, nicht mehr für die geplanten Integrationsstützpunkte zu verwenden, da hierdurch die eigentliche Zielsetzung nicht korrekt wiedergegeben werde.

Abgeordnete Altmann merkt an, dass die Kreisvolkshochschulen (KVKS) diese Begrifflichkeit offiziell eingeführt habe und bittet um Erläuterung der Änderung.

Die Vorsitzende Kleinert schlägt vor, die Begründung unter Tagesordnungspunkt (TOP) 7 in den Bericht der KVHS einfließen zu lassen. Dem Vorschlag wird einvernehmlich zugestimmt.

Die Vorsitzende lässt sodann über die Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.04.2016 abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2 wg. Nichtteilnahme
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem TOP liegen keine Wortmeldungen vor.



TOP 6 **Aktueller Stand der Unterbringung von Flüchtlingen**

Herr Christoffers berichtet, dass die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge im Jahresverlauf 2016 stark rückläufig sei. Durch vermehrte Anerkennungen und den damit verbundenen Rechtskreiswechsel zum Jobcenter sowie aufgrund von Weg- bzw. Umzügen außerhalb des Kreisgebietes sinke die Anzahl stetig. Aktuell seien 2.005 Personen beim Sozialamt registriert.

Herr Dr. Puchert ergänzt, dass es sich bei den genannten Zahlen um Zuweisungen handele. Im Durchschnitt würden monatlich 30 bis 40 Personen aufgenommen. Es sei allerdings zu erwarten, dass im Wege des Familiennachzugs mehrere Hundert Personen folgen werden und der Landkreis weiterhin vor großen Herausforderungen, z.B. bei der Unterbringung der Familien, stehe.

Abgeordnete Altmann fragt, welche Unterkünfte in welcher Qualität zur Verfügung stehen und wie die Umbaumaßnahmen in den Unterkünften in Wiegboldsbur und Utlandshörn fortschreiten.

Herr Christoffers antwortet, dass im jeweiligen Einzelfall auf Wohnungen von Privatpersonen und Städten bzw. Gemeinden zurückgegriffen werde.

Herr Steinert führt aus, dass die Umbaumaßnahmen in Wiegboldsbur und Utlandshörn noch nicht abgeschlossen seien. Es befinde sich zudem ein Wohnungsmanagement im Aufbau, um alle Angebote zusammenzuführen. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den unter TOP 6 folgenden Bericht der KVHS.

Abgeordneter Wolters fragt an, ob genaue Zahlen zu den erwartenden Familiennachzügen vorliegen.

Herr Dr. Puchert antwortet, dass eine präzise Auskunft hierzu nicht gegeben werden könne. Es herrsche große Unsicherheit. Einerseits seien keine bzw. nur wenige Zuweisungen angekündigt, andererseits könne keine Entwarnung gegeben werden. Eine Quantifizierung sei derzeit nicht möglich.

Abgeordneter Forster erkundigt sich, ob der mögliche Familiennachzug mit den im Landkreis aufgenommenen Personen besprochen werde und so evtl. Zahlen ermittelt werden könnten.

Herr Steinert verweist diesbezüglich auf den TOP 8.

TOP 7 **Bericht der Kreisvolkshochschulen**

Herr Fahle stellt die aktuelle Situation aus Sicht der KVHS Aurich dar. Aktuelle Zahlen werde er in der nächsten Sitzung präsentieren können. Zurzeit seien in Abstimmung mit dem Sozialamt die Weiterentwicklung der Integrationsstützpunkte in Aurich, Moordorf und Wiegboldsbur und deren Belegung im Fokus. Die Bauarbeiten seien im August abgeschlossen. 60 Personen seien für eine Unterbringung identifiziert worden und würden hierzu befragt sowie zu einer Besichtigung eingeladen. Bei diesen Gesprächen soll auch ein möglicher Familiennachzug abgefragt werden. Im Unterschied zu Internaten, die ein vollständiges schulisches Wohnungs- und Betreuungsan-

gebot für Minderjährige vorhalten, sei das Ziel der neu eingerichteten Gemeinschaftsunterkünfte bzw. Integrationsstützpunkte vielmehr, durch das Bildungs- und Wohnungsangebot eine Verselbständigung der aufgenommenen Flüchtlinge zu erreichen.

Herr Schwieder als Vertreter der KVHS Norden berichtet, dass die Situation im Raum Norden mit der in Aurich vergleichbar sei. In Abstimmung mit dem Sozialamt würden zusammen mit Ehrenamtlichen erste Wohnbegleitungen durchgeführt. In Utlandshörn und in der Zinggießerstraße finden derzeit Umbauten statt. Anfang August seien diese abgeschlossen und dann solle die Ansprache der Flüchtlinge erfolgen.

Abgeordnete Altmann fragt, ob eine Besichtigung der Integrationsstützpunkte möglich sei.

Abgeordneter Forster erklärt, dass am 14.06. der Betriebsausschuss der KVHS in Utlandshörn öffentlich tagte und eine Besichtigung auf der Tagesordnung stehe.

Herr Dr. Puchert führt aus, dass auch eine Besichtigung möglich sei. Es sei allerdings erforderlich, einen gemeinsamen Besuchstermin des Ausschusses für Migration und Integration längerfristig zu koordinieren. Er schlägt vor, einen Termin in den Sommerferien zu wählen und sichert die Organisation durch die Verwaltung zu.

TOP 8

Bericht des Deutschen Roten Kreuzes

Herr Tobiassen berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation (siehe Anlage 1) über die Beratungsarbeit des Deutschen Roten Kreuzes (DRK). Rund 70 Beratungsgespräche pro Woche würden mit Flüchtlingen geführt. Daran anschließen würden sich diverse Telefonate und verschiedene Verwaltungsaufgaben unterschiedlichen Umfangs. Die Beratungsstelle sei mit vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt. Aufgrund der zunehmenden Aufgabendichte seien 2,5 zusätzliche Stellen bewilligt worden. Das Aufgabenspektrum sei breit gefächert. Zum Familiennachzug könne er berichten, dass seit dem Jahr 2014 147 Anträge unter Mithilfe des DRK gestellt wurden, von denen 20 Verfahren abgeschlossen wurden. Realistisch sei aus seiner Sicht, dass pro Flüchtling drei Familienmitglieder nachkommen könnten, insgesamt also rund 450 Personen. Problematisch seien aus seiner Sicht die sehr langen behördlichen Vorlauf- und Bearbeitungszeiten. Im Durchschnitt sei bei den jeweiligen deutschen Botschaften und Konsulaten eine Wartezeit von mindestens 15 Monaten einzukalkulieren. Erschwerend komme hinzu die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte im Rahmen des Asylpaketes II, das am 17.03.2016 in Kraft getreten ist. Des Weiteren entstehen im Einzelfall zum Teil hohe Kosten, z.B. für DNA-Gutachten oder Flugtickets, die vom DRK durch private Spenden vorfinanziert würden.

Auf Nachfrage von **Herrn Fahle** und der **Abgeordneten Altmann** erläutert **Herr Tobiassen** die Voraussetzungen für die Anerkennung des Abschiebeschutzes der subsidiär Schutzbedürftigen sowie die Dauer der Aufenthaltserlaubnis. Er stellt im weiteren Verlauf die aktuelle Statistik der im Landkreis Aurich registrierten Ausländer und die jeweiligen Herkunftsländern dar.

Abgeordneter Wolters weist darauf hin, dass anhand der vorgestellten Statistik der Eindruck entstehe, dass es sich in Gänze um Asylanträge handele. Das sei jedoch nicht der Fall.

Herr Steinert erklärt, dass die Zahlen die Arbeit der Ausländerbehörde rein informativ abbilden. Jeder Einzelfall müsse individuell betrachtet und mit unterschiedlichsten Anforderungen bearbeitet werden. Die vorgestellten Zahlen seien keine Asylstatistik, sondern die Zahlen der sich im Landkreis aufhaltenden Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit.

Abgeordnete Altmann fragt unter Bezug auf die Darstellung des Familiennachzugs nach positiven Beispielen in der Beratungsarbeit des DRK.

Herr Eggert berichtet, dass der hohe Beratungsaufwand immer dann belohnt werde, wenn die Familien der Flüchtlinge tatsächlich im Landkreis Aurich eintreffen und die Zusammenführung erfolgreich verlaufen sei. Dies entschädige auch die vielen ehrenamtlichen Helfer. Zur besseren Planbarkeit des Familiennachzuges empfiehlt er, einen regelmäßigen Informationsaustausch gemeinsam mit Behördenvertretern und dem DRK zu initiieren.

Die Vorsitzende bedankt sich bei **Herrn Tobiassen** für den Bericht zur Beratungsarbeit sowie für die umfassende Darstellung des Themas Familiennachzug.

TOP 9

Beschlussfassung über die Einrichtung eines multikulturellen Informations-, Beratungs- und Begegnungscafes im Hermine Edenhuizen in Pewsum
Vorlage: VIII/2016/127

Herr Buss fasst die Inhalte der Sitzungsvorlage zusammen und erläutert die Rahmenbedingungen für die geplante Maßnahme.

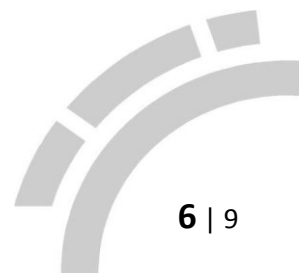
Abgeordnete Griesel erkundigt sich, in welchem Umfang die Gemeinde Krummhörn eingebunden sei und welche Unterschiede zum Familienzentrum in Aurich bestehen.

Herr Buss erwidert, dass das Gebäude im Eigentum des Landkreises befindlich sei und nun eine Möglichkeit bestehe, das vorhandene Angebot sinnvoll zu erweitern.

Herr Dr. Puchert ergänzt, dass die bestehenden Angebote des Landkreises verstärkt gebündelt würden und vorhandene Gebäudeleerstände zweckmäßig genutzt würden. Die Gemeinde Krummhörn sei sehr kooperativ und es bestehe Einvernehmen, dass die Einrichtung als Anlaufstelle für die Gemeinden Hinte und Krummhörn diene. Zudem beteilige sie sich finanziell. Die Situation sei aus seiner Sicht nicht mit Aurich vergleichbar.

Abgeordnete Carow bittet um Erläuterung der finanziellen Auswirkungen für den Landkreis Aurich.

Herr Dr. Puchert verweist auf die Inhalte der Sitzungsvorlage und führt aus, dass die finanzielle Beteiligung an den laufenden Kosten der Einrichtung aus sozialräumlichen Budgetmitteln des Amtes für Kinder, Jugend und Familie für Prävention und fallübergreifende Arbeit finanziert werde. Eine zusätzliche Belastung des Kreishaushalts sei nicht vorgesehen.



Abgeordneter Wolters erklärt, dass er keine finanziellen Spielräume für das Vorhaben sehe und die Zuständigkeit der Gemeinde Krummhörn gegeben sei. Er sehe die Verantwortung dort und könne daher nicht zustimmen.

Herr Dr. Puchert entgegnet, dass in dem Gebäude bereits viele Aufgaben des Landkreises wahrgenommen würden und es nicht begründbar sei, die Gemeinde vollumfänglich in die Verantwortung zu nehmen. Eine angemessene Kostenbeteiligung der Gemeinde im Rahmen der nun geplanten Maßnahme sei zudem sichergestellt.

Abgeordnete Altmann stellt fest, dass beide Argumentationen nachvollziehbar seien. Sie führt aus, dass sie dem Vorhaben zustimmen werde und es positiv sei, dass in der neuen Einrichtung alle Bewohner zusammenkommen könnten. Die Verantwortung solle nicht hin und her geschoben werden.

Abgeordneter Forster betont, dass die positiven Effekte der Einrichtung für den Landkreis, die Gemeinde und die Bewohner überwiegen und signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion zu dem Vorhaben.

Die Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 2 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich beschlossen**

Abgeordnete Griesel verlässt die Sitzung um 16:28 Uhr.

TOP 10 **Vorstellung Bundesprogramm "Demokratie leben" (Herr Dr. Gohlke)**

Herr Dr. Gohlke stellt das Bundesprogramm und seine Arbeit in der KVHS Norden anhand einer PowerPoint-Präsentation vor (siehe Anlage 2).

Abgeordneter Forster erklärt, dass dem Projekt aufgrund steigender fremdenfeindlicher Tendenzen und angesichts der Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien bei den kürzlich erfolgten Wahlen eine wichtige Bedeutung zukomme.

Abgeordnete Altmann unterstreicht ebenfalls die Bedeutung des Bundesprogramms und erkundigt sich, ob neben den vorgestellten Workshops auch andere Projekte, z.B. im Zusammenhang mit dem Medium Internet, gefördert werden.

Herr Dr. Gohlke bestätigt, dass weitere Projekte und Initiativen, auch im Internet und in sozialen Netzwerken, gefördert werden könnten. Er verweist auf die Internetseite der [„Partnerschaft für Demokratie“](#) und verteilt einen Handzettel (siehe Anlage 3) mit einer Zusammenfassung der wesentlichen Informationen.



Die Vorsitzende Kleinert dankt **Herrn Dr. Gohlke** für seinen Vortrag und lässt über die Frage, ob der Ausschuss für Migration und Integration das Bundesprogramm „Demokratie leben“ und die „Partnerschaft für Demokratie“ im Landkreis Aurich unterstützt, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 11 **Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte (Bildungskordinator)**

Herr Steinert berichtet, dass zu besseren Koordinierung der Bildungsangebote eine Vollzeitstelle beim Ordnungsamt eingerichtet werden solle. Diese sei projektbezogen für zwei Jahre befristet und werde vollständig vom Bund finanziert. Die Ausschreibungsphase sei bereits eingeleitet.

Abgeordnete Altmann fragt, welche Unterschiede zu den Aufgaben von Herrn Martens bestehen und ob eine Übersicht seiner bisherigen Tätigkeiten gegeben werden könne.

Herr Steinert erwidert, dass die Aufgaben – dies habe die Vergangenheit gezeigt - in diesem Bereich nicht von einer Person allein wahrgenommen werden könnten. Es werde eine Einbindung in bzw. eine Vernetzung mit dem Aufgabenbereich von Herrn Martens geben. Dies werde noch abschließend geklärt. Durch die vollumfängliche Förderung des Bundes entstehe keine finanzielle Belastung. Herr Martens wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses über seine Tätigkeiten berichten.

TOP 12 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Frau Krantz-Rewerts erklärt, dass die in der letzten Sitzung angekündigten mehrsprachigen Flyer zum Verhütungsmittelfonds fertiggestellt seien und ausliegen bzw. über die Gleichstellungsbeauftragte bezogen werden können.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

TOP 13 **Einwohnerfragestunde**

Herr Vogel und **Herr Wendt** von der Flüchtlingshilfe Aurich loben die Zusammenarbeit aller Einrichtungen im Landkreis Aurich und bedanken sich für das bisherige Engagement. Sie bitten um mehr Unterstützung seitens der Politik und laden dazu ein, der Bevölkerung Mut zu machen, die aufgenommenen Flüchtlinge kennenzulernen, um ggf. bestehende Vorurteile abzubauen.

Herr Wendt fragt nach einem zuständigen Ansprechpartner für die Wohnraumkoordination im Landkreis Aurich.

Herr Christoffers antwortet, dass für diese Aufgabe im Sozialamt Herr Marcel Schäfer zuständig und telefonisch unter 04941-16 50 78 erreichbar sei.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

TOP 14

Schließung der Sitzung

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 17:15 Uhr.

gez. Kleinert
Vorsitzende

gez. de Vries
Protokollführer
